

Rede zum Verfahren der Magistratswahl

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

werte Kollegen,

wir beraten heute zugegeben einen eher ungewöhnlichen Antrag. Wir beraten eine Frage, die im Kern unsere Demokratie berührt: Wer trifft Entscheidungen und auf welcher Grundlage entsteht politische Legitimation?

Der Magistrat ist ein zentrales Organ unserer kommunalen Selbstverwaltung. Seine Besetzung ist bislang vor allem entlang parteipolitischer Linien erfolgt. Das ist rechtlich zulässig, aber ist das noch zeitgemäß? Führt es wirklich zu Vertrauen, zu Beteiligung, zu Akzeptanz?

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben Politik heute anders. Sie haben den Eindruck, dass Entscheidungen in kleinen, abgeschlossenen Kreisen vorbereitet werden. Dass Einfluss stark von Parteizugehörigkeit abhängt. Und dass ihre eigene Rolle sich im Wesentlichen auf den Wahlakt alle paar Jahre beschränkt.

Wir können diese Wahrnehmung ignorieren oder wir können sie ernst nehmen. Wir möchten Letzteres.

Wir schlagen vor, die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Beigeordneten nicht mehr ausschließlich parteiintern auszuhandeln, sondern per Los aus der Bürgerschaft zu bestimmen. Das ist kein willkürlicher Vorschlag und auch kein politisches Experiment ohne Grundlage, sondern knüpft an ein Verfahren an, das international seit Jahren intensiv diskutiert und erfolgreich erprobt wird.

Das Prinzip dahinter ist einfach: Zufall ist die faireste Form der Auswahl, wenn gleiche Chancen für alle gelten sollen. Wir kennen dieses Prinzip aus Bürgerräten. Dort werden Menschen ausgelost, um gesellschaftlich relevante Fragen zu beraten. Und die Erfahrungen zeigen, dass es funktioniert. Diese Gremien arbeiten verantwortungsvoll, differenziert und oft überraschend konstruktiv. Sie bringen Perspektiven ein, die in klassischen politischen Strukturen unterrepräsentiert sind.

Aber diese Bürgerräte treffen in der Regel unverbindliche Entscheidungen. Sie dürfen empfehlen, aber nicht entscheiden. Genau hier liegt das Problem. Beteiligung ohne Wirkung führt langfristig nicht zu mehr Vertrauen, sondern zu Frustration.

Deshalb wollen wir heute einen Schritt weitergehen.

Wenn wir Bürgerinnen und Bürger ernsthaft beteiligen wollen, dann müssen wir ihnen auch echte Verantwortung zutrauen. Dann müssen wir ihnen ermöglichen, nicht nur zu beraten, sondern auch Teil der Entscheidung zu sein.

Die Beigeordneten arbeiten nicht im luftleeren Raum. Sie sind eingebettet in eine professionelle Verwaltung. Entscheidungen werden vorbereitet, geprüft, rechtlich bewertet.

Demokratie ist kein starres System. Sie lebt davon, dass wir sie weiterentwickeln, dass wir auf Veränderungen reagieren und neue Wege erproben. Nicht jede Innovation ist automatisch richtig, aber Stillstand können wir uns einfach nicht mehr erlauben.

Unser Vorschlag ist ein Angebot, die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Entscheidungen zu verringern, Vertrauen zurückzugewinnen, indem wir Verantwortung teilen, und unsere kommunale Demokratie ein Stück offener und mutiger zu gestalten.

Ich lade Sie ein, diesen Weg zuzulassen und unseren Antrag zu unterstützen. Nicht aus parteipolitischen Interesse, sondern im Interesse unserer gemeinsamen demokratischen Kultur.

Transparenz statt Hinterzimmer.

Chancengleichheit statt Vorfestlegung.

Vertrauen durch nachvollziehbare Verfahren.

Vielen Dank.